

זכור

Zachor: Erinnerung Dich!



Minsk – Fahrt ohne Wiederkehr

Deportation von jüdischen Männern, Frauen und Kindern
aus Bremen und dem ehemaligen Bezirk Stade nach Minsk
Eine Ausstellung von Dagmar Calais & Chris Steinbrecher

02. bis 21. November 2025

Kirche Unser Lieben Frauen in Bremen

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten

Der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 folgte ein schrittweiser Ausbau der Diktatur unter der Führung von Adolf Hitler. Mit dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 wurden im Reich per Verordnungen wesentliche Grundrechte eingeschränkt. Gleichzeitig kam es zu Verfolgungen von Regimegegnern, Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern, die in rasch eingerichteten Konzentrationslagern, wie Dachau, interniert wurden. Zeugen Jehovas, Homosexuelle, sogenannten „Asoziale“ und engagierte Christen sollten schon bald folgen.



Konzentrationslager Dachau (28. Juni 1938)

Schon am 1. April 1933, einem Sabbat, riefen die Nationalsozialisten zum Boykott gegen jüdische Geschäfte auf. Auch kam es zu Plünderungen von Geschäften und Zerstörungen der Ladeneinrichtungen durch SA-Horden. Eine Woche später, am 7. April, trat ein Gesetz mit dem antijüdischen „Arierparagraphen“ in Kraft. Dieses Gesetz kam einem Berufsverbot für Juden gleich.

Mit den Nürnberger Gesetzen „Zum Schutze des deutschen Blutes“ vom 15.9.1935 eskalierten die menschenverachtenden Maßnahmen gegen Juden. Mit diesem Gesetz wurden Eheschließungen, aber auch der außereheliche Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Nichtjuden verboten. Auch wurden die staatsbürgerlichen Rechte von Juden stark eingeschränkt, bis hin zur späteren Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft. Im November 1938 setzten organisierte SA-Trupps zahlreiche Synagogen, jüdische Gebetsstuben und Geschäfte in Brand. Am 10. November wurden ca. 30.000 Juden in Konzentrationslager inhaftiert.

Hunderte Häftlinge wurden ermordet, starben an den Haftfolgen oder nahmen sich das Leben.

Nach den Novemberpogromen verschärfte sich die Situation für die jüdische Bevölkerung weiter: Eine Flucht ins Ausland war kaum noch möglich. Stattdessen kam es zur Enteignung des Grundbesitzes, Einzug des Vermögens. Längst war es den Juden verboten, ihren Beruf auszuüben, Fahrräder und Radios mussten abgeliefert und schließlich der gelbe Stern an der Kleidung getragen werden. Als „lebensunwertes Leben“ galten auch Menschen mit Behinderungen.

Im Frühjahr 1939 begannen die Morde an Kindern mit körperlichen oder geistigen Gebrechen; 1940 sollten ihnen die Patienten der Heil- und Pflegeanstalten folgen. Hier wurde erstmals mit der Massentötung durch Gas experimentiert. Bis 1945 fielen der sogenannten „Aktion T4“ mehr als 200.000 Menschen zum Opfer.



Reichspogromnacht in Bremen Bekleidungsgeschäft Alexander, Hastedter Heerstraße 313

Überfall auf Polen am 1. September 1939



Diffamierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen Plakat der „Aktion T4“

Trotz des Versailler Vertrages begann man ab 1935 mit der Aufrüstung deutscher Truppen und damit einer gezielten Kriegsvorbereitung. Nach dem Anschluss Österreichs, der Eingliederung des Sudetenlandes von 1938 an das Deutsche Reich, sowie der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren, planten Hitler und seine Generäle den Überfall auf das Nachbarland Polen.



Unterzeichnung des „Hitler-Stalinpaktes“ im September 1939

Man war gut vorbereitet: Nach monatelangen Verhandlungen kam es zum Nichtangriffsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion. In einem geheimen Zusatzprotokoll des sogenannten

Hitler-Stalinpaktes, wurden die baltischen Staaten und andere östliche Landesteile der Sowjetunion zugeteilt, während dem Deutschen Reich völlige Handlungsfreiheit in Polen zugestanden wurde. Unmittelbar nach dem

Einmarsch deutscher Truppen in Polen im Herbst 1939 richteten die Besatzer Ghettos für die jüdische Bevölkerung ein. Der Wehrmacht folgten die aus verschiedenen Polizeieinheiten und der SS bestehende „Sondereinheiten“, die sofort Jagd auf versprengte polnische Soldaten und die politische und geistige Elite machten. Über 60.000 von ihnen wurden ermordet.



Kinder im Warschauer Ghetto

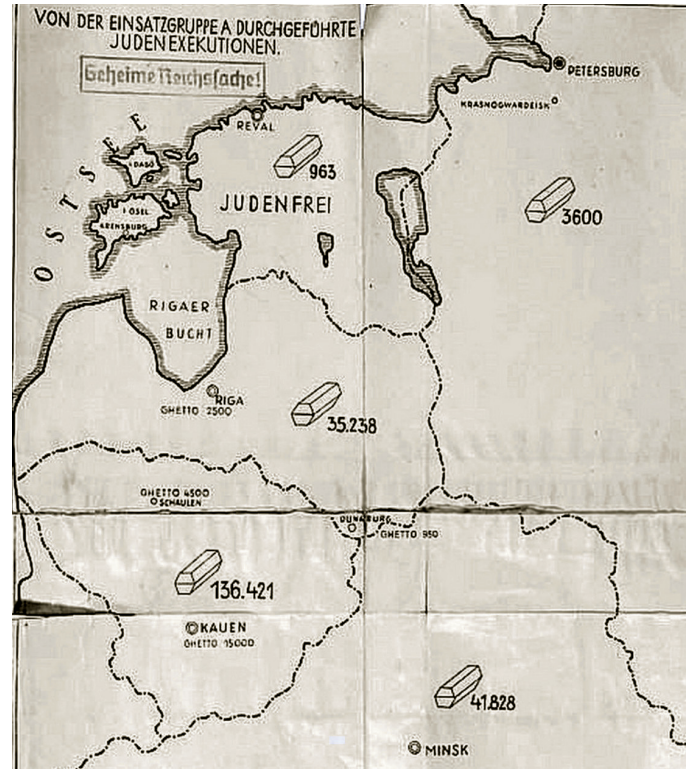
Gleichzeitig begannen gezielte Repressalien gegen die über 3,5 Millionen Juden. Wie im Reich auch verloren sie ihr sämtliches Eigentum, bevor sie in die Ghettos eingepfercht wurden. Nahezu 380.000 Juden vegetierten im Elend der Ghettos dahin, starben an Hunger oder Seuchen oder wurden als Zwangsarbeiter für die Kriegswirtschaft ausgebeutet, bevor sie in den Vernichtungslagern ermordet wurden. Insgesamt wurden von den Deutschen in Polen etwa 3 Millionen Juden ermordet.

Deutsche Besatzer in der Sowjetunion

Trotz des Hitler-Stalinpaktes überfielen deutsche Truppen am 22. Juni 1941 die Sowjetunion. Ziel war, die von den Nazis als „Slawische Untermenschen“ bezeichneten Sowjetbürger zu vertreiben, verhungern zu lassen oder sie zu ermorden, um die eroberten Gebiete zu „germanisieren“, sie zum Siedlungsgebiet für „Arier“ zu machen. Insbesondere die jüdische Bevölkerung stand im Zentrum der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten. Wie schon in Polen richteten die Eroberer umgehend Ghettos ein, um die Juden auf engem Raum zu konzentrieren. Arbeitsfähige Gefangene wurden zu Tätigkeiten für die deutsche Kriegswirtschaft außerhalb der Ghettos gezwungen, nicht arbeitsfähige Juden, Frauen und Kinder, oder der Unterstützung der Sowjets Verdächtige, in Massenerschießungen ermordet.



Deutsche Soldaten nehmen Frauen und Kinder gefangen (Brest, Juni 1941) Österreichisches Staatsarchiv Wien, Nachlass Wechtler



Landkarte zum „Stahlecker-Report“ vom 15. Oktober 1941

Auf die Frontruppen folgten die Einsatzgruppen der SS und weitere deutsche Mordeinheiten. Sie jagten Partisanen, Juden, Kommunisten und alle weiteren Menschengruppen, die nicht in die Vorstellungen der nationalsozialistischen Rassenideologie passten. Der hohe SS-Führer und Generalmajor der Polizei Dr. jur. Walter Stahlecker war als Leiter der Einsatzgruppe A verantwortlich für die Massenmorde in Weißrussland, dem Baltikum und Nordwestrussland. Voll Stolz meldete er am 15. Oktober 1941 im berühmten „Stahlecker-Report“ die Ermordung von über 200.000 Juden. Zur „Illustration“ fügte er eine Landkarte mit den Opferzahlen bei. Seit dem 11. Oktober 1941 wurden die Einsatzgruppen in Weißrussland und dem Baltikum vom höheren SS-Führer Friedrich Jeckeln befehligt. Zuvor war Jeckeln in der Ukraine eingesetzt, wo er in Kamenez-Podolsk die bis dahin größten Massenerschießung von Juden befahl. Allein in der Ukraine ist er verantwortlich für die Ermordung von etwa 51.000 Juden! In Weißrussland formierten sich zahlreiche Partisanenverbände, die in den Wäldern und Sümpfen lebten, und von dort aus Anschläge gegen die Wehrmacht verübten. Nirgendwo war der Widerstand gegen die deutschen Besatzer so erbittert, wie in Belarus. Nicht nur, dass die deutschen Besatzer in Minsk, wie in allen eroberten Ländern die Einrichtung von Ghettos befahlen,

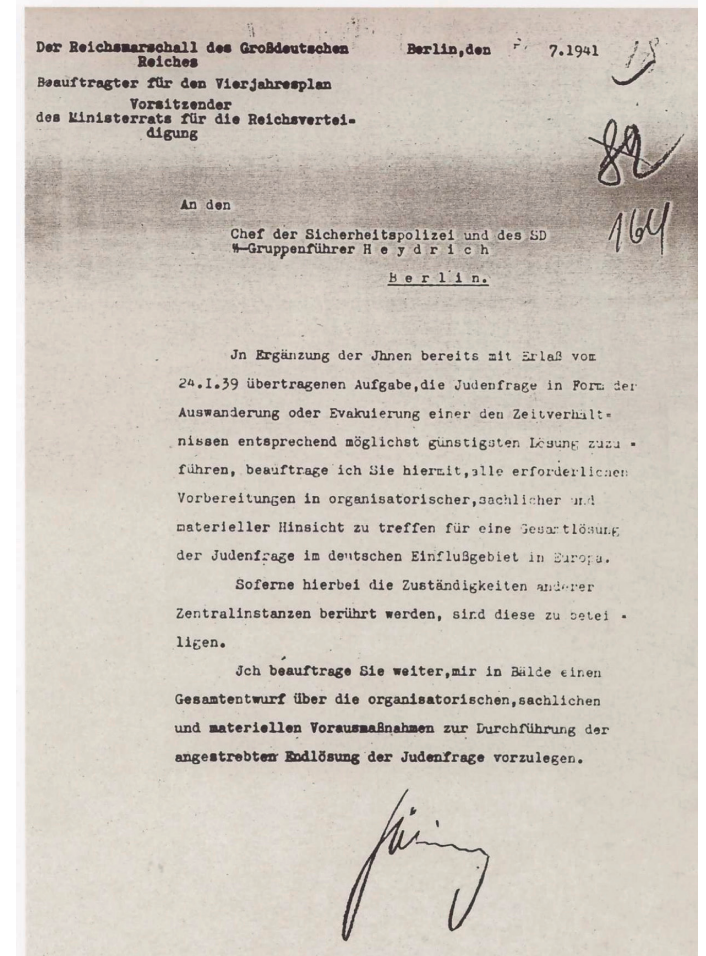
Pläne zur Deportation von Juden aus dem Reichsgebiet

menschenverachtend war auch die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen, die in Belarus von den Deutschen in Lagern auf freiem Feld eingepfercht wurden. Hunderttausende von ihnen starben im Winter 1941/42 an Hunger, Kälte und Krankheiten.

Schon vor Kriegsbeginn arbeiteten die Nationalsozialisten an Plänen, die zur Vernichtung der Juden in ganz Europa führen sollten. Die im Reichsgebiet lebenden Juden sollten in die eroberten Ostgebiete deportiert werden, um sie dort der „Endlösung“, der Ermordung zuzuführen. Erste Deportationen deutscher Juden aus Pommern und Danzig erreichten im Februar 1940 und 1941 das ostpolnische Lublin. In Baden, der Pfalz und dem Saarland lebende Juden wurden am 22. Oktober 1940 in das Internierungslager Gurs in Frankreich abgeschoben. Die Zuständigkeit der Deportationen lag in der Abteilung IV B4 des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Reichsbahn. Mit einem Schreiben Görings vom 31. Juli 1941 an Heydrich wurde befohlen, die „Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa“ in Angriff zu nehmen.

Daraufhin begannen am 15. Oktober 1941 die Massen-deportationen aus dem Reich und der von den Deutschen besetzten Tschechoslowakei in das Großghetto Litzmannstadt (Łódź) in Polen. Neben den 164.000 polnischen Juden kamen nun noch Tausende Sinti und Roma und die etwa 38.500 Juden aus dem Reich und dem Protektorat nach Łódź. Damit war das Ghetto restlos überfüllt, so dass die Lagerleitung gegen eine weitere Zuführung protestierte. Mit dem Einmarsch in die Sowjetunion hatten sich mit den Ghettos von Minsk in Belarus und Riga in Lettland neue Zielorte für die „Reichsjuden“ ergeben. Allerdings waren diese Ghettos schon kurz nach dem deutschen Einmarsch mit einheimischen Juden restlos überfüllt.

In Minsk etwa 60.000 und in Riga 30.000 Gefangene. Um Platz für die „Reichsjuden“ zu schaffen, planten Himmler und seine Einsatzgruppen die Massenerschießungen von einheimischen Ghattobewohnern. In Minsk waren es bis Ende 1941 nahezu 14.000 Opfer! Dann rollten vom 8. Bis zum 27. November insgesamt sieben Züge mit etwa 7000 Juden aus dem Reich in Richtung Minsk, darunter auch 570 jüdische Männer, Frauen und Kinder aus Bremen und dem damaligen Bezirk Stade, die am 18. November 1941 nach Minsk deportiert wurden. Die katastrophale Versorgungslage der Wehrmacht im früh einsetzenden Winter 1941 verhinderte vorerst

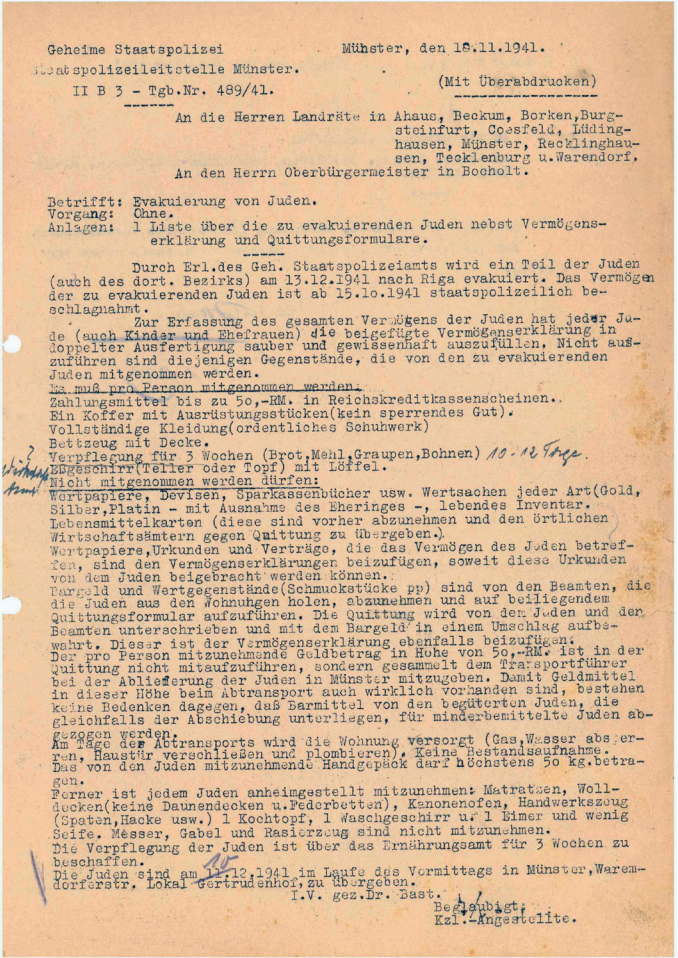


Schreiben Hermann Görings vom 31. Juli 1941 an Reinhard Heydrich (Bundesarchiv)

weitere Transporte nach Minsk. Ein letzter Zug fuhr am 28. November von Wien aus in Richtung Belarus. Inzwischen hatte man das Ghetto von Riga zu sogenannten „Reichjuden-ghetto“ erhoben. Um dort Platz für die Transporte aus dem Reich zu schaffen, befahl Friedrich Jeckeln auch dort die Ermordung von mehr als 25.000 lettischen Juden, die im Rigaer Ghetto eingepfercht waren. Erst ab Mai 1942 rollten wieder Transporte nach Minsk mit etwa 8.000 Juden aus Wien und Berlin, die sofort nach ihrer Ankunft erschossen wurden

Deportation von Juden aus Bremen und dem ehemaligen Bezirk Stade

Auf der Deportationsliste für Bremen wurden 440 Personen aufgelistet. Weitere 130 Juden aus dem damaligen Bezirk Stade, die für die Deportation nach Minsk vorgesehenen waren, verteilten sich auf die Orte Achim, Basbeck, Beverstedt, Eickedorf, Neddenaverbergen, Osten, Osterholz-Scharmbeck, Ritterhude, Sottrum, Verden, Wesermünde (heute: Bremerhaven) und Zeven.



Deportationsanordnung an die örtlichen Verwaltungen (hier: von der Gestapoleitstelle Münster (Ortsarchiv Heek)

Das Reichssicherheitshauptamt in Berlin hatte in einem Erlass verfügt, dass im Zeitraum vom 1. November bis zum 4. Dezember 1941 „...aus dem Altreich 50.000 Juden nach dem Osten in die Gegend um Riga und Minsk abgeschoben (werden).“ Der Transport sollte mit der Reichsbahn erfolgen, die Züge seien jeweils mit 1.000 Personen zu füllen. Ein Vertrag mit der Reichsbahn gewährte der „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ einen Sondertarif für die anstehende Transporte. Als „Gruppentarif“ zwei Pfennig pro Kilometer.

Das entsprach dem halben Fahrpreis in der dritten Klasse. Kinder unter zehn Jahren zahlten die Hälfte, Kinder bis vier Jahren fuhren umsonst. Die entstandenen Kosten wurden auf die „Reichvereinigung der Juden“ abgeschoben. Die örtlichen Vorsitzenden dieser Reichvereinigung wurden auch gezwungen, die Deportationslisten zusammenzustellen. Alte und Kriegsveteranen blieben von der Deportation vorerst ausgenommen, sie sollten später in das KZ Theresienstadt deportiert werden. Am 30. Oktober 1941 wurden die Dienststellen der jeweils betroffenen Orte über die Einzelheiten der Transporte informiert. Diese Informationen zum „Arbeitseinsatz im Osten“ wurden an die Betroffenen weitergeleitet. Es wurde ihnen eingeredet, sie würden in den besetzten Gebieten für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Städte benötigt. Sofort wurden in der Nähe der Bahnhöfe, von denen die Deportationen erfolgen sollten, Sammelstellen eingerichtet.

In Bremen waren es die Lettow-Vorbeck-Schule (heute Hermann-Böse-Gymnasium) und die Carl-Peters-Schule (heute Oberschule Am Barkhof) Dort hatten sich die für die Deportation vorgesehenen jüdischen Männer, Frauen und Kinder am 17. November einzufinden. Am Morgen des 18. November wurden Gepäckkontrollen durchgeführt, Lebensmittelkarten, Geld und Brieftaschen eingezogen. Dann hatten sie eine demütigende Erklärung zu unterschreiben: „Ich, der unterzeichnete Jude, bestätige hiermit, ein Feind der deutschen Regierung zu sein und als solcher kein Anrecht auf das von mir zurückgelassene Eigentum, auf Möbel, Wertgegenstände, Konten oder Bargeld zu haben. Meine deutsche Staatsangehörigkeit ist hiermit aufgehoben, und ich bin vom 18. November 1941 ab staatenlos.“

Um 8:30 Uhr setzte sich der Zug der Deutschen Reichsbahn vom Bremer Lloydbahnhof aus in Bewegung. In Hamburg wurden weitere Waggons mit über 400 Hamburger Juden angekoppelt. Der Zug erreichte am 22. November den Bahnhof von Minsk. Dort wurden die Juden ins Ghetto getrieben. In einer „Aktion“ am 27./18.Juli 1942 wurden etwa 10.000 Insassen des Ghettos in Gaswagen ermordet. Es ist davon auszugehen, dass unter den Opfern auch die Juden aus Bremen und dem Bezirk Stade waren.

„Menschen ohne Grabstein“

Am 27. Oktober 1943 begannen Männer der „Sonderkommandos 1005-Mitte“ die Spuren der Verbrechen in den Wäldern bei Maly-Trostinez zu beseitigen. Russische Gefangene mussten die Leichen der Massaker exhumieren und auf Scheiterhaufen verbrennen. Anschließend wurden die Mitglieder des Arbeitstrupps ebenfalls erschossen. Noch bevor die Rote Armee im Juli 1944 Minsk erreichte, ermordeten die Einsatzkommandos Tausende bisher überlebende Kriegsgefangenen und Häftlinge aus den Gefängnissen und verbrannten die Opfer in einer Scheune in Trostinez. Eine sowjetische Kommission begann sofort nach ihrem Eintreffen mit der Suche nach den Massengräbern, in denen mehr als 200.000 Opfern vermutet wurden. Nach Entdeckung der Gruben wurden die Leichenreste exhumiert und untersucht.



Die außerordentliche staatliche Kommission der Sowjetunion beim Suchen von Massengräbern bei Maly-Trostinez

Die außerordentliche staatliche Kommission der Sowjetunion beim Suchen von Massengräbern bei Maly-Trostinez

Ihre Identität aber ist nur in den seltensten Fällen noch festzustellen: Es sind „Menschen ohne Grabstein“, Menschen, die keinen Platz auf einem Friedhof gefunden haben, Menschen, die in Massengräbern „entsorgt“ wurden, und nach der Aktion 1005, der Exhumierung, auch noch spurlos verschwinden sollten.

Diese Ausstellung mit ihren 560 Stelen im Mittelschiff der Liebfrauenkirche hat den Anspruch, den deportierten und ermordeten jüdischen Männern, Frauen und Kindern in Bremen eine erinnernde Präsenz zu geben.



Wir freuen uns, dass der Vorstand der Liebfrauengemeinde und Pastor Stefan Kreutz diesem Ausstellungsvorhaben zugestimmt, und dass die Bremische Bürgerschaft, private Sponsoren, die bremische evangelische Kirche, der Verein Erinnern für die Zukunft Bremen und das Bremer Mercedeswerk zum Gelingen dieser Ausstellung beigetragen haben. Die Bremer Künstlerin Dagmar Calais und der Kunsthistoriker Chris Steinbrecher thematisieren mit ihren Ausstellungen seit Jahren Bereiche der jüngeren deutschen Geschichte und insbesondere die Verbrechen der Nationalsozialisten an der jüdischen Bevölkerung. Ihre Kunstprojekte, von Dagmar Calais „Begehbare Bilder“ genannt, wurden neben zahlreichen Orten in der Bundesrepublik in der Gedenkstätte Theresienstadt (Tschechische Republik) und im Rigaer Ghetto- und lettischem Holocaustmuseum gezeigt. Außer diesen raumfüllenden Environments initiierten sie Gedenksteine in Bremen und Riga, als Mahnmal für Zwangsarbeiter, die im Hastedter Industriegebiet ausgebeutet wurden, und zur Erinnerung der Opfer des Naziterrors in Lettland. Diese Ausstellung steht unter der Schirmherrschaft der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft, Frau Antje Grotheer

Weitere Informationen

Auf den Homepages:

www.dagmar-calais.de

www.chris-steinbrecher.de

Fotos:

Titelbild Ankunft im Ghetto Minsk: Archiv Yad Vashem

KZ Dachau: Bundesarchiv_Bild_152-23-22A

Reichspogromnacht: Archiv Steinbrecher

Aktion T4: Bildagentur für Kunst, Kultur und Geschichte, Berlin

Hitler-Stalin-Pakt: National Archives & Records Administration, nara.gov Kinder

im Warschauer Ghetto: Yad Vashem

Stahlecker Report: US Holocaust Memorial Museum Courtesy of Thomas Wartenberg

Österreichisches Staatsarchiv, Nachlass Wechtler

Ortsarchiv Heek (Münsterland)

Belarussisches Staatsmuseum für die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges in Minsk

Dagmar Calais: Deportationszug mit Stelen für die Opfer

Gestaltung und Druck: Martinshof Bremen, Druckerei in der Vahr

Impressum und Kontakt:

Chris Steinbrecher, Ogohaus, Föhrenstraße 76-78 28207 Bremen

Email: Calais.steinbrecher@t-online.de

Senatskanzlei



Freie
Hansestadt
Bremen



BREMISCHE
BÜRGERSCHAFT



BREMISCHE
EVANGELISCHE
KIRCHE



Die Sparkasse
Bremen



Martinshof
Buntentor

